

21.05.2019

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion der SPD „Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata geplatzt – Zukunft der Stahlindustrie in NRW sicherstellen!“ (Drs. 17/6251)

Hochwertige Industriearbeitsplätze erhalten – ThyssenKrupp ist wichtig für Nordrhein-Westfalen

I. Ausgangslage

Der Vorstand von ThyssenKrupp hat jüngst erklärt, die Pläne einer Zweiteilung des Konzerns in eine Industrie- und eine Werkstoffsparte aufzugeben. Anlass sind auch die gescheiterten Fusionsgespräche mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel. Im schlimmsten Fall droht in den nächsten drei Jahren der Wegfall von bis zu 6.000 Stellen, davon 4.000 allein in Deutschland. Das wäre nicht nur ein herber Schlag für den wichtigen Industriestandort Nordrhein-Westfalen, sondern vor allem für die Beschäftigten und ihre Familien.

Nach dem verkündeten Aus für die Konzernaufteilung, die seit 2012 vorangetrieben wurde, wurde eine strategische Kehrtwende angekündigt: Dem Konzern soll eine Holding-Struktur gegeben sowie das ertragsreiche Aufzugsgeschäft an die Börse gebracht werden. Der Vorstand von ThyssenKrupp verweist auch weiterhin auf einen hohen Konsolidierungsdruck und stellt die Suche nach neuen Partnern in Aussicht. Nun bedarf es schnell Klarheit über die zukünftige Strategie des Konzerns, die eine belastbare Perspektive zur Unternehmenssicherung sowie den langfristigen Erhalt von Wertschöpfungsketten, Standorten und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen beinhaltet. Die Forderung der Landespolitik an die Unternehmensführung hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet auf den Punkt gebracht: „Erlöse eines Börsengangs oder aus möglichen Veräußerungen müssen in die Zukunftsfähigkeit von ThyssenKrupp insgesamt investiert werden, damit der überwiegende Teil der Arbeitsplätze gesichert werden kann.“

Nordrhein-Westfalen ist ein führendes Industrieland in Deutschland. In unserem Land ist aktuell etwa jeder zweite Arbeitsplatz an Industriebereiche gekoppelt: In den Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen sind rund 20 Prozent direkt beschäftigt und rund 30 Prozent der Beschäftigten sind in den vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen aktiv. Ein großer Wettbewerbsvorteil ist die Tatsache, dass in Deutschland noch das gesamte

Datum des Originals: 21.05.2019/Ausgegeben: 21.05.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Spektrum von Grundstoffindustrien vorhanden ist. Dabei spielt auch die Stahlindustrie eine herausragende Rolle; sie bleibt für den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Hochwertiger und in Deutschland gefertigter Stahl bleibt der Werkstoff für innovative Produkte der Zukunft – die Stahlindustrie stellt einen Innovationsmotor für die deutsche Industrie dar.

Die Industrie – insbesondere die Stahlindustrie – ist internationalen Wandlungsprozessen und globalem Veränderungsdruck ausgesetzt. Dazu zählen neben Anforderungen durch die Digitalisierung und die Entwicklung zur Industrie 4.0 verschärfte Klimaschutzherausforderungen und ein Trend im Welthandel, der durch Protektionismus sowie durch von Staatsinterventionen hervorgerufene Überkapazitäten gekennzeichnet ist.

Umso bedeutender ist es, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen durch eine wachstums- und innovationsfreundliche Industrie- und Energiepolitik zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern. Nationale und europäische Regulierung ist dabei lediglich im Verhältnis Eins-zu-eins umzusetzen und überbordende, die Wettbewerbsfähigkeit hemmende Belastungen sind zurückzuführen. Ziel der NRW-Koalition ist es, unser Bundesland zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort in Europa zu entwickeln. Dabei ist Innovation ein zentraler Schlüssel und Antreiber für Technologieführerschaft. Deshalb setzt die nordrhein-westfälische Landesregierung mit Programmen wie IN4Climate.NRW auf Innovationsnetzwerke, die daran arbeiten, neue Zukunftsvisionen und Lösungen für eine treibhausgasneutrale Produktion und die Herstellung klimafreundlicher Produkte auf den Weg zu bringen. In diesem Rahmen erhält auch ThyssenKrupp Unterstützung, um eine CO₂-reduzierte Stahlproduktion unter Einsatz von Wasserstoff zu erproben. Dies ist ein Baustein, um auch in Zukunft wettbewerbsfähige Industrie in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und zu stärken. Mit den Stahlgipfeln hat die Landesregierung die Bedeutung der Stahlindustrie für unser Bundesland unterstrichen und ihr Bekenntnis zum Stahlstandort Nordrhein-Westfalen bekräftigt. Ferner wird die Landesregierung mit dem Industriepolitischen Leitbild einen strategischen Überbau präsentieren.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Nordrhein-Westfalen muss das Industrieland Nummer eins bleiben. Dafür bedarf es einer Politik, die ermöglichende Rahmenbedingungen schafft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen befördert und sie auf Basis der bewährten Sozialpartnerschaft dabei stärkt, zukunftsfeste Arbeitsplätze zu sichern.
- Vor allem das Ruhrgebiet hat eine genauso lange wie erfolgreiche Historie im Bereich der Industrie. Es muss gemeinsames Ziel sein, diese erfolgreiche Geschichte unseres starken Industriestandorts fortzuführen und Wertschöpfungsketten zu halten und zu stärken.
- Neben anderen ist ThyssenKrupp ein weltweit anerkanntes Unternehmen, das konkurrenzfähige Stahlprodukte herstellt und viele tausend Menschen in der Metropolregion Ruhr und an Produktionsstandorten in weiteren Landesteilen beschäftigt. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, die Wertschöpfung dieses Unternehmens in Deutschland und vor allem in Nordrhein-Westfalen zu halten und zu stärken.

- Die Landesregierung ist sich der Bedeutung von ThyssenKrupp vollumfänglich bewusst. Sie ist seit Monaten in engem Austausch mit dem Unternehmen – sowohl mit dem Vorstand als auch mit den Arbeitnehmervertretern.
- Es ist zu begrüßen, dass die Unternehmensführung sich mit der IG Metall auf eine Grundlagenvereinbarung geeinigt hat, die die Neuausrichtung des Konzerns zum Gegenstand hat. Im Interesse der Beschäftigten sollte es das Ziel des Unternehmens sein, bei einer Neustrukturierung auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. Wir erwarten, dass ein so verantwortungsvolles wie traditionsreiches Unternehmen wie ThyssenKrupp die Neuausrichtung in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretern sozialverträglich gestaltet.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- den engen Kontakt mit der Geschäftsführung von ThyssenKrupp, den Betriebsräten und den Gewerkschaften zum Wohle der Beschäftigten und der Standorte in Nordrhein-Westfalen aufrechtzuhalten.
- den Kurs konsequent fortzusetzen, Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandort zu gestalten, in den investiert wird und in dem Wachstum und attraktive Arbeitsplätze in Industrie, Mittelstand und Handwerk geschaffen und erhalten werden.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Daniel Sieveke
Henning Rehbaum

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion